Zwischen Landtag und Alltag...

Schienennahverkehr darf nicht gekürzt werden

Notizen von einer Klausur unserer Landtagsfraktion für ein solidarisches Brandenburg



Auf meine kürzliche Kleine Anfrage, inwieweit die Strecke Berlin-Kostrzyn, von geplanten Einsparungen beim Schienennahverkehr betroffen sein wird, antwortete mir die Landesregierung, dass dieses Verkehrsangebot aufrecht erhalten wird. Es seinen keine Ausdünnung des Taktes, keine Verkürzung der Linie und damit kein Ersatz durch die S-Bahn ab Strausberg für die sogenannte Ostbahn vorgesehen.

Zum Thema Kürzungen von Mitteln für den Schienennahverkehr stand den Mitgliedern unserer Fraktion auch Brandenburgs Verkehrsminister Frank Szymanski bei der dreitägigen Klausur Ende August Rede und Antwort. Für ihn kein leichtes Unterfangen, schließlich müssen Bahnfahrer in Brandenburg vom kommenden Jahr an erhebliche Einschnitte in Kauf nehmen. Schwach ausgelastete Strecken werden überprüft, ausgedünnt oder stehen sogar ganz vor dem Aus. Grund sind die Verringerung der Regionalisierungsmittel, mit denen der Bund den Ländern Zuschüsse für den Nahverkehr zukommen lässt. 140 Millionen Euro werden bis 2010 in Brandenburg wegfallen.

Die Linkspartei.PDS entlässt den Verkehrsminister dennoch nicht aus seiner Verantwortung, attraktive und bezahlbare öffentliche Verkehrsangebote im Land zu sichern. Diese gehören schließlich zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir meinen zum Ausgleich der entstehenden Lücken müssen Finanzreserven genutzt werden. Möglichkeiten ergeben sich zum Beispiel beim 3 Milliarden Euro teuren Flughafen-Projekt Schönefeld BBI. Geld spielt hier offensichtlich bei der Planungsentscheidung für einen 600 Mio. Euro teuren neuen Flughafen-Bahnhof keine Rolle. Könnte doch der jetzige Bahnhof preiswerter bedeutend preiswerter ausgebaut werden.

Zu unserer dreitätigen Klausurberatung hatten wir uns weitere Politiker und Wissenschaftler nach Lübbenau eingeladen. Gemeinsam mit Lothar Bisky debattierten wir das Zusammengehen mit der WASG trotz aller Hindernisse als einen bedeutsamen Prozess für die Stärkung der Linken in der Bundesrepublik. Mit Potsdamer Wissenschaftlern arbeiteten wir weiter an unserem künftigen Leitbild für ein solidarisches Brandenburg der Regionen mit gleichwertigen Lebensverhältnissen, in dem keine Landstriche abgehängt werden dürfen. Der Bürgermeister von Königs Wusterhausen Stefan Ludwig (Linkspartei.PDS) erläuterte uns seine Sicht auf die geplanten Änderungen der Brandenburger Kommunalverfassung. Dabei ist unser Ansatz, keine weiteren Einschnitte bei den demokratischen Mitspracherechten der Bürgerinnen und Bürger zuzulassen.

Renate Adolph

Notizen aus dem Kreistag

Für den nachfolgenden Text ist die normative Überschrift falsch. Der letzte Kreistag, über den hier zu berichten wäre, fand am 28. Juni statt. Über zwei Monate sind vergangen, aber doch will ich auf einen, für uns wichtigen Tagesordnungspunkt kurz eingehen. Es handelt sich um den Punkt: Wahl eines Beigeordneten. Nur der Landrat hat das Vorschlagsrecht, und er empfahl dem Kreistag unseren Kandidaten, den bisherigen Vorsitzenden unserer Kreistagsfraktion, Gen. Lutz Amsel zu wählen. Politisch war und ist das konkrete Wahlergebnis wichtig. Wird Lutz nur von allen Mitgliedern des Kreistages, die der Kooperation angehören, oder darüber hinaus von anderen gewählt? Stimmen andere für ihn oder enthalten sich der Stimme? Von 48 anwesenden Kreistagsmitgliedern stimmt 33 für Lutz, neun gegen ihn und sechs enthielten sich der Stimme. Das Ergebnis ist eindeutig: dem Kandidaten unserer Partei wurde auch über die Kooperationspartner hinaus das Vertrauen ausgesprochen. Dieses Ergebnis sollte uns auch für kommende Wahlen zuversichtlich stimmen.

Prof. Dr. Günter Schippel

Agenda 21: Global denken –lokal handeln



Nach den Beschlüssen des „Erdgipfels“ von 1992 in Rio de Janeiro soll jede Kommunalverwaltung eine „Lokale Agenda 21“ beschließen, in der für die jeweilige Kommune konkrete und geeignete Strategien zur Umweltentlastung dargestellt werden. Kommunen und Städte sollen sich nachhaltig entwickeln, was auch eine soziale Sicherheit einschließt.

Im Gegensatz zum oft erlebten Politikbetrieb soll das Allgemeinwohl hin bis zur gesamten Erdbevölkerung über Einzel- oder Gruppeninteressen gestellt werden.

Was kann Neuenhagen in diesem Sinne tun?

In Stichworten sind zu nennen:

1. Energieeinsparung
2. Grünflächenerhalt
3. Emissionsminderung

Die Entwicklung Neuenhagens in diesem und im zurückliegenden Jahrzehnt war von einer stürmischen Entwicklung der Einwohnerzahl mit entsprechender Bautätigkeit geprägt. Der Kreis , das Land und der Bund haben sich verschuldet und auch Neuenhagen ist finanzielle Verpflichtungen bei gleichzeitigem Verkauf von Gemeindeland eingegangen.

Damit ist zukünftiger Handlungsspielraum zugunsten der Tilgung finanzieller Verbindlichkeiten eingeschränkt.

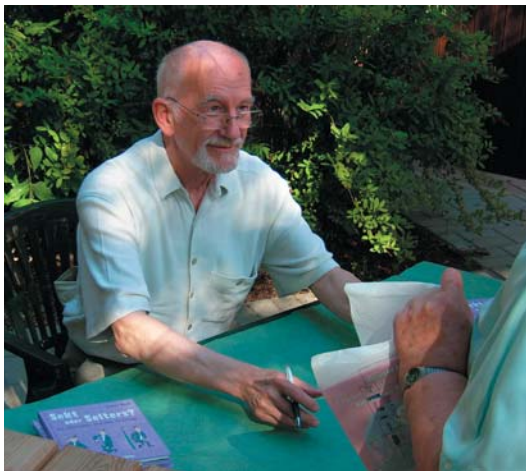
Ob diese Entwicklung von der Mehrheit der Einwohner so gewünscht wurde, ist fragwürdig. So wurde das Begehren, die Gemeinde zur Stadt zu machen abgelehnt, wobei den meisten Abstimmenden wegen der mangelhaften Diskussion, was dies bedeuten soll, ein differenzierter Meinungsbildungsprozess wohl kaum möglich war.

Der Agendaprozess sollte dazu beitragen die Ortsentwicklung auf breiterer Basis zu reflektieren und Initiativen in Bezug auf Energieeinsparung und Umweltschutz freisetzen.

Harald Habermann

Impressionen vom Sommerfest











Das war der Linke Sommerwind 2006





Nochmals vielen Dank an alle Helfer !